



Schwerpunkt

Aus- und Weiterbildung fördern






"Wohlstand für alle" heißt nach Überzeugung der Bundeskanzlerin "Bildung für alle". Bildung als lebenslanger Prozess ist entscheidend für berufliche Sicherheit. Deshalb modernisiert die Bundesregierung das deutsche Bildungs-, Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Wissenschaftssystem. Bundeskanzlerin Angela Merkel wird zusammen mit den Ministerpräsidenten der Länder die dazu notwendigen Maßnahmen vereinbaren. Zuvor verschafft sie sich durch ihre "Bildungsreise" einen eigenen Eindruck von dem Stand des Bildungssystems.

Lesen Sie dazu in diesem Magazin:

- ▶ **Großer Besuch bei den Kleinen: Die Bildungsreise der Bundeskanzlerin**
- ▶ **Gute Chancen mit qualifizierter Berufsausbildung**
- ▶ **Bessere Bildung für alle**
- ▶ **Jobstarter-Programme bringen Ausbildung in Schwung**

Aktuelles:

- ▶ BAföG - Höhere Fördersätze und Freibeträge treten ab 1. Oktober in Kraft 
- ▶ Berufliche Aus- und Weiterbildung besser miteinander verzahnen 
- ▶ Aktuelle Broschüre zur Besteuerung von Alterseinkünften 

 **Das Magazin als PDF**

Weitere Themen:

Kinderbetreuung und -pflege



Die Bildungsrepublik ist der beste Sozialstaat

[mehr ▶](#)

Zuwanderung



Prüfungsangst ist fehl am Platz

[mehr ▶](#)

Arbeitsmarktintegration

Leichter Arbeit finden durch gute Deutschkenntnisse

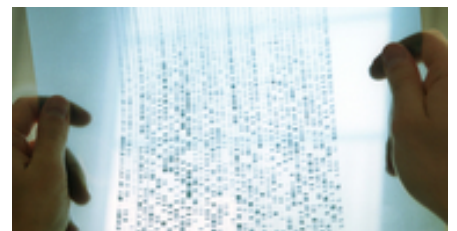
[mehr ▶](#)

Pflegeassistenten

Den Alltag bereichern

[mehr ▶](#)

Gesundheit



Hohe Hürden bei Gentests

[mehr ▶](#)

erschienen [↗](#)

[mehr ▶](#)

Lesetipps:

- ▶ Broschüre „Alter schafft Neues“ informiert ältere Menschen [↗](#)
- ▶ Elternratgeber zur gesunden kindlichen Entwicklung im Alter von 1 - 6 Jahren [↗](#)
- ▶ Schulbuch zur Sozialversicherung erscheint in neuer Auflage [↗](#)

[mehr ▶](#)

Kreativ im Alter



Kreative Welten erobern

[mehr ▶](#)

Impressum

© 2008 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

- ▶ Impressum
- ▶ Abonnieren Sie auch die weiteren Themenmagazine der Bundesregierung

REGIERUNG
online



Foto: REGIERUNGonline / Engelbert Reineke
Bildungserfolg nur mit guten Deutschkenntnissen

Großer Besuch bei den Kleinen: Die Bildungsreise der Bundeskanzlerin

Die Bildung der ganz Kleinen liegt Bundeskanzlerin Angela Merkel ganz besonders am Herzen. Zum Auftakt ihrer Bildungsreise besuchte sie daher den Kindergarten der evangelischen Friedensgemeinde in Frankfurt am Main und die Kita Buchenhof im westfälischen Hiddenhausen. "Wir brauchen eine möglichst individuelle Förderung", so das Resümee der Bundeskanzlerin.

Mit ihrer Bildungsreise quer durch Deutschland will Angela Merkel sich einen eigenen Eindruck vom Stand der Bildungseinrichtungen in Deutschland machen. Denn am 22. Oktober 2008 - auf dem Bildungsgipfel in Dresden - will sie mit den Ministerpräsidenten der Länder dafür sorgen, dass Deutschland wieder zur Bildungsrepublik wird. Angela Merkel: "Wohlstand für alle heißt Bildung für alle".

Projekt "frühstart" – Modell für Sprachausbildung im Kindertagesstätten

Der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund steigt seit Jahren. Viele Kinder sprechen kein Deutsch bei ihrer Einschulung. Andere Kinder wachsen in schwierigen sozialen Verhältnissen auf. Sie werden nicht ausreichend gefördert. Acht Prozent verlassen trotz Schulpflicht immer noch die Schule ohne Abschluss.

Das und viele andere Defizite unseres Bildungssystems will die Bundesregierung zusammen mit den Ländern ändern. Von guten Beispielen kann man lernen. Wie von dem Kindergarten der evangelischen Friedensgemeinde in Frankfurt am Main. Hier lernen 60 Kinder aus 20 Herkunftsländern zusammen mit sieben Erzieherinnen Deutsch. Dabei kommen die neuesten, an der Universität Frankfurt entwickelten Sprachlernübungen und Sprachtests zum Einsatz. So können die Kinder individuell gefördert werden und erhalten die besten Startchancen für ihre Einschulung und ins Leben.

Daneben verfolgt die Initiative einen umfassenden Ansatz: vom Elterncafé über Kochabende bis zur Ernährungs- und Schuldenberatung. Beispielhaft ist die pädagogische Arbeit mit den Eltern. Sie werden zu mehrsprachigen Elternbegleiterinnen und –begleitern. Als Coaches helfen sie anschließend anderen Eltern aus Einwandererfamilien und versetzen sie in die Lage, ihren Nachwuchs in Kindergarten und Schule aktiv zu begleiten.

Der nachhaltige Ausbau der Tagesbetreuung, insbesondere für Kinder unter drei Jahren, ist erklärtes Ziel der Bundesregierung. Wir haben schon viel erreicht. Bund, Länder und Kommunen

haben sich nach nur wenigen Monaten Beratung auf das gemeinsame Ziel verständigt: Bis 2013 schaffen sie für bundesweit im Durchschnitt 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung oder der Kindertagespflege.

"frühstart" wird von der Hertie-Stiftung gefördert. Es ist damit auch ein gelungenes Beispiel der Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen und bürgerlichem Engagement.

Modell für besseren Übergang von Kita in die Schule

Die Kita Buchenhof im westfälischen Hiddenhausen, dritte Station der Bildungsreise, arbeitet schon heute eng mit den Grundschulen der Umgebung zusammen: "Ein Projekt, das zeigt, was an den Schnittstellen zwischen Kindergarten und Schule möglich ist", so Merkel. Denn immer wichtiger wird es, lernschwachen und sozial benachteiligten Jugendlichen bei den Übergängen von Kindergarten und Schule sowie von der Schule in die berufliche Bildung zu helfen.

Auf dem "Buchenhof" kann man aber auch beispielhaft sehen, wie behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam lernen.

Neue Wege in der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher

Die Qualität der frühkindlichen Bildung hängt allerdings entscheidend von der Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher ab. Ein Beispiel für neue Ansätze lernte die Kanzlerin in Darmstadt kennen. Gemeinsam qualifizieren dort zwei Fachschulen und eine Fachhochschule angehende Erzieherinnen und Erzieher auf einem höheren Ausbildungsniveau als bislang üblich.

Im Verbundstudiengang "Bildung und Erziehung in der Kindheit" verbinden sich die praktischen pädagogischen Erfahrungen der Fachschulausbildung mit dem fundierten theoretischen Wissen, wie es an der Hochschule gelehrt wird. Die Absolventen schließen zusätzlich zur Berufsausbildung mit einem Bachelor ab.

In kleinen Klassen mit praktischen Erfahren auf den Beruf vorbereiten

Die Hauptschule in Löhne ist eine weitere Etappe der Bildungsreise. Im engen Kontakt mit den Unternehmen der Nachbarschaft und der Arbeitsagentur für Arbeit bereitet die Schule in kleinen Klassen den Übergang ins Arbeitsleben vor. Und das funktioniert: "Wir haben Aussicht auf gute Berufe", berichtete ein Schüler der Kanzlerin.

Nach Besuch von Computerraum, Schulgarten und Hühnerhaus lobte Merkel: "Ich bin beeindruckt, wie die Kinder auf das Berufsleben vorbereitet werden." Wichtig ist der Schule aber auch die individuelle Förderung ihrer Schülerinnen und Schüler.

Die Bundesregierung unterstützt die Länder dabei, dass mehr Kinder erfolgreich die Schule abschließen. Für das Ganztagschulprogramm hat sie den Ländern 4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. So entstanden in den letzten Jahren knapp 7000 Ganztagschulangebote. Damit Kinder besser betreut und individuell gefördert werden.

An dem Ziel der Länder, die Schulabbrecherzahl zu halbieren, beteiligt sich die Bundesregierung.

Sie hält das innerhalb von fünf Jahren für möglich. Ein Beitrag: Durch den Einsatz von Berufseinstiegsbegleiterinnen und –begleitern an 1000 Schulen soll die Berufsorientierung der Jugendlichen verbessert werden.

Realschule: Integration durch Sprache und Kultur

Der letzte "Schulbesuch" der Kanzlerin auf ihrer Bildungsreise galt der Realschule Ostheim in Stuttgart. Besonderes Merkmal der Schule: 90 Prozent der rund 300 Schülerinnen und Schüler haben Migrationshintergrund, 50 Prozent besitzen einen ausländischen Pass. Die Herkunftsländer sind vielfältig: von Albanien über Kroatien bis zur Türkei.

Mit dem Literaturprojekt "Unterricht im Dialog" und dem Tanz- und Musikprojekt "jetzt" wollen die Jugendlichen sprachliche und kulturelle Grenzen überwinden.

Aber nicht nur Sprache und Kultur werden in der Realschule groß geschrieben, auch dem Übergang in die Berufsausbildung wird viel Bedeutung beigemessen. Die Jugendlichen sollen gute Aussichten auf einen guten Beruf haben. Deshalb beteiligt sich die Schule am fächerübergreifenden Projekt "Berufsorientierung in der Realschule".

Hier erwerben die Jugendlichen themenorientiertes Grundlagenwissen, erproben im Team projektorientiertes Arbeiten und erkunden Betriebe und Arbeitsplätze, beispielsweise im einwöchigen Berufspraktikum.

"Ein begeisterndes Beispiel", findet die Kanzlerin. Die Durchlässigkeit des Schulsystems sei beeindruckend, ebenso wie die gute Vorbereitung auf eine Ausbildung die Chancen der jungen Männer und Frauen erhöhe.

Mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium: Fit für's MINT-Studium

MINT steht auch für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik – und damit für spannende und zukunftsweisende Berufe. Allerdings sind diese Berufe immer noch eine Männerdomäne. Mit einem Nationalen Pakt will die Bundesregierung Frauen für diese Berufe begeistern.

Am Goethe-Gymnasium in Ilmenau ist das nicht mehr nötig. Denn dort ist der Mädchenanteil hoch. Davon verschaffte sich die Bundeskanzlerin einen eigenen Eindruck auf ihrer Bildungsreise. Angela Merkel: "Das zeigt, dass Mädchen und Jungen die Naturwissenschaften gleichermaßen können."

In dem mathematisch-naturwissenschaftlich ausgerichteten Ilmenauer Gymnasium werden rund 80 begabte Schülerinnen und Schüler besonders gefördert. Die Schule arbeitet eng mit der Technischen Universität Ilmenau zusammen. Einige von ihnen studieren bereits parallel. Merkel nannte die Leistungen der Goethe-Schüler, die regelmäßig in nationalen und internationalen Wettbewerben gewinnen, beeindruckend.

Das Goethe-Gymnasium in Ilmenau hat Modellcharakter, wenn es um die Frage geht, wie auch in Zukunft ein qualifizierter Nachwuchs in MINT-Studienfächern sichergestellt werden kann. Denn die Zahl der Studienabbrecher gerade in diesen Fächern muss weiter sinken und die Zahl der Hochschulabsolventen weiter steigen. Der Anstieg der Studierendenzahl zum Wintersemester 2008/2009 ist ein gutes Zeichen. Durch den Hochschulpakt will die Bundesregierung diesen Trend

weiter verstärken. Bis 2010 sollen 90.000 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden.

Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung in der Kindertagesbetreuung

Noch in diesem Herbst fällt der Startschuss für das Aktionsprogramm Kindertagespflege. Was wird sich ändern? Das Personal und die Qualität in der Tagespflege wird steigen. Die Bundesregierung unterstützt dazu die Länder und Kommunen bei Akquise, Qualifizierung und Vermittlung von Tagespflegepersonal.

Kinderförderungsgesetz

Die Bundesregierung will bis zum Jahr 2013 für bundesweit im Durchschnitt 35 Prozent der Kinder im Alter von unter drei Jahren Betreuungsplätze in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege schaffen. Ein wichtiges Instrument, um dieses Ziel zu erreichen, ist das Kinderförderungsgesetz (KiföG). Es soll den Ausbau eines qualitativ hochwertigen Betreuungsangebotes in Deutschland beschleunigen und den Eltern echte Wahlmöglichkeiten eröffnen. Der Bund trägt mit 4 Milliarden Euro rund ein Drittel der Ausbaurkosten von insgesamt 12 Milliarden Euro.

Kontext

Evangelische Jugendhilfe Schweicheln
Der Verbundstudiengang
Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung
Die Bildungsreise der Bundeskanzlerin



Foto: REGIERUNGonline / Sebastian Widmann
Aufstieg durch Bildung

Gute Chancen mit qualifizierter Berufsausbildung

Die Bundeskanzlerin machte kürzlich auf ihrer Bildungsreise Station bei der Norddeutschen Affinerie in Hamburg. Sie verschaffte sich ein eigenes Bild von der hohen Qualität der Ausbildung. Merkel sichtbar erfreut: "Die duale Berufsausbildung ist etwas, worauf unser Land stolz sein kann." Hier zeige sich der Erfolg der deutschen Berufsausbildung mit dem Mix aus betrieblicher Praxis und Unterricht an einer Berufsschule.

Erfolgsmodell berufliche Bildung

Etwa 60 Prozent aller Jugendlichen in Deutschland qualifizieren sich im dualen System der Berufsausbildung. Dual deshalb, weil die Berufsausbildung sowohl im Betrieb als auch in der Berufsschule stattfindet. Die Ausbildung erfolgt auf der Basis von gegenwärtig rund 350 Ausbildungsordnungen für staatlich anerkannte Ausbildungsberufe. Weltweit wird Deutschland um dieses praxisnahe Modell der Ausbildung junger Menschen beneidet. Die Jugendarbeitslosigkeit ist im europäischen Vergleich in Deutschland besonders gering.

Berufsausbildung in Deutschland

- **Video**

Der vom Bundesinstitut für Berufsbildung im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung produzierte Film erläutert die duale Berufsausbildung in Deutschland. Er zeigt die wesentlichsten Merkmale, Fakten und Strukturen des erfolgreichen Ausbildungssystems (Dauer 14:53 Min.).

Europas größter Kupferproduzent, die Norddeutschen Affinerie, ist ein vorbildlicher Ausbildungsbetrieb. Das Unternehmen bildet junge Menschen in verschiedenen Handwerks-, Produktions- und kaufmännischen Berufen aus. Vorbildlich ist der Betrieb aber auch, wenn es darum geht, Jugendlichen ohne die nötige Bildungsreife Chancen zu geben. Bei dem Programm "9plus" können sich Schülerinnen und Schüler im Unternehmen weiterbilden, die bisher keine Lehrstelle gefunden haben. Modelle dieser Art müssen Schule machen.

Überbetriebliche Ausbildung eröffnet schwachen Jugendlichen Chancen

Nach ihrem Besuch einer betrieblichen Ausbildungseinrichtung informierte die Kanzlerin sich in

Kreuzberg über die überbetrieblichen Ausbildung . Sie besuchte das BildungsWerk (BWK). Diese überbetriebliche Ausbildungseinrichtung bildet in 13 verschiedenen Ausbildungsberufen aus.

Überbetriebliche Ausbildungseinrichtungen übernehmen meist die Ausbildung für kleinere und mittlere Betriebe, die nicht selbst alle geforderten Ausbildungsinhalte vermitteln können. Sie sind neben betrieblichen Ausbildungseinrichtungen wichtige Träger der beruflichen Bildung.

Das BWK verstehe sich als "Dienstleister in allen Fragen der Aus- und Weiterbildung", sagte Geschäftsführer Nihat Sorgec. Hier wird insbesondere sozial benachteiligten Jugendlichen in der Berufsvorbereitung und -ausbildung das nötige Wissen für den Einstieg ins Berufsleben vermittelt. Auch viele Jugendliche mit Migrationshintergrund bekommen hier neue Chancen. Die Auszubildenden erwerben in der Einrichtung wie im Betrieb praktische und theoretische Kenntnisse, die sie in der Berufsschule erweitern. In Praktika können sie das Gelernte anwenden.

Auszubildende der Ausbildungswerkstatt Floristik überraschten Merkel mit einem frisch gebundenen Blumengesteck. "Wunderschön", freute sich die Kanzlerin. "Arbeiten Sie auch in einem richtigen Laden?", wollte sie wissen. Die jungen Frauen erzählten, dass zur Ausbildung jeweils Praktika gehören. So können sie also auch praktisch anwenden, was sie im BWK gelernt haben.

Im Textilbereich lernen viele jüngere Frauen, die bereits kleine Kinder haben. Häufig sind sie alleinerziehend. Sie berichteten der Kanzlerin, wie sie Beruf und Familie meistern. "Hier wird gute Arbeit geleistet", sagte die Kanzlerin nach ihrem Rundgang durch mehrere Abteilungen des Hauses und vielen Gesprächen.

Lebenslange Weiterbildung im Beruf notwendig

Dass lebenslanges Lernen Spaß machen kann, davon überzeugte sich die Bundeskanzlerin bei einem Besuch der BASF AG. Dort wird sich in den nächsten 12 Jahren der Anteil der über 50-Jährigen von 22 auf 57 Prozent erhöhen. Lernen trägt "Früchte" und "Lernen mit allen Sinnen" – so die Slogans des BASF-Zentrums. Sie zeigen, dass sich die Gestalterinnen und Gestalter des Lernzentrums viele Gedanken über den Lernprozess gemacht haben.

Das Lernzentrum fördert das individuelle Selbstlernen der Mitarbeiter und Auszubildenden von BASF. Mehr als 43.000 Lernende haben das Lernzentrum im vergangenen Jahr benutzt. Sie werden durch Lernberater unterstützt, die gemeinsam mit dem Lernenden seinen Lerntyp und sein Lernziel ermitteln. Wichtig hierbei ist: Der Lernende bestimmt selbst, was und wie er lernt. Damit bestimmt jeder selbst über seine Weiterentwicklung. Die Lernberater greifen nur in den Lernprozess ein, wenn ihr Rat gefragt ist.

Sehr viel Wert wurde auf die Ausgestaltung der Lernumgebung gelegt. Die Möglichkeiten reichen vom "bewegten Lernen" bis zu einer Klangmuschel oder Felsenoase. "Ein solches Beispiel könnte und sollte Schule machen", sagte Merkel. Denn es zeige, dass die Beschäftigten sehr interessiert daran seien, sich weiterzubilden.

Aus der Bildungsreise lernen

In Deutschland gibt es viele gute Beispiele von Bildungseinrichtungen, engagierten Pädagoginnen und Pädagogen, Erzieherinnen und Erziehern, Ausbilderinnen und Ausbildern und Eltern. Hier

setzen Bund und Ländern in ihren gemeinsamen Bemühungen um die Verbesserung der Bildungsangebote bundesweit an. Das ist das Fazit der Bildungsreise der Bundeskanzlerin.

Es zeigt auch, dass Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz nicht aufgeben dürfen. Die Bundesregierung engagiert sich durch den mit der Wirtschaft geschlossenen Ausbildungspakt. Darin haben sich die Einstiegsqualifizierungen als besonders erfolgreich erwiesen. 70 Prozent der jungen Menschen fanden im Anschluss einen Ausbildungsplatz.

Mit dem Programm "Ausbildung und Arbeit" will sie 100.000 jungen Menschen, die bislang erfolglos auf dem Ausbildungsmarkt waren, zu einem Ausbildungsplatz verhelfen. Mit einem Ausbildungsbonus von einmalig 4000 bis 6000 Euro werden Unternehmen unterstützt, wenn sie förderungsbedürftige Ausbildungssuchende einstellen.

Berufsberatung

An der Schwelle zwischen Schule und Arbeitsleben stellen sich viele Fragen: Wo liegen meine Interessen, meine Stärken und Schwächen? Welchen Beruf will ich erlernen? Welche Voraussetzungen muss ich dafür mitbringen? Und: Was erwartet mich im Beruf? Die Antworten auf diese Fragen hängen von einer Fülle von Faktoren ab. Dazu gehören individuelle Besonderheiten genauso wie die regionale Lage am Wohn- oder Beschäftigungsort. Informationen über das regionale Angebot an Ausbildungsplätzen erteilen die örtlichen Arbeitsagenturen. Dort sitzt auch der Berater, der für die Berufsberatung zuständig ist. Wer noch nicht sofort zum Berufsberater der örtlichen Arbeitsagenturen gehen will, kann unter diesen Internet-Adressen schon eine ganze Menge an Informationen erhalten:

www.berufswahl.de

www.arbeitsagentur.de

Kontext

Aufstieg durch BildungDie Bildungsreise der Bundeskanzlerin



Foto: BilderBox

Sehr gute Chancen für Naturwissenschaftler und Ingenieure

Bessere Bildung für alle

Die Reform des Bildungssystems greift. Der Bildungsstand der Bevölkerung steigt. Das ist bei dem hohen Fachkräftebedarf und immer höheren Qualifikationsanforderungen an die Menschen eine gute Botschaft. Enthalten ist diese im zweiten Nationalen Bildungsbericht "Bildung in Deutschland 2008", der im Frühsommer des Jahres erschien.

Am 3. September 2009 nahm die Bundesregierung Stellung zum Bericht. Sie machte dabei deutlich, dass die Aufstiegschancen im deutschen Bildungssystem noch besser werden müssen.

Dies ist auch ein Ziel der Qualifizierungsinitiative, die die Bundesregierung auf einem Bildungsgipfel am 22. Oktober 2008 mit den Ministerpräsidenten der Länder beschließen will.

Bildungsbericht dokumentiert Erfolge

Besonders erfreulich sind die Fortschritte in der frühkindlichen Bildung und das größere Angebot von Ganztagschulen. So erreichen Bildungsangebote inzwischen alle Vier- bis Fünfjährigen. Auch für Kinder unter 3 Jahren gibt es mehr und mehr Tageseinrichtungen. Gut ist auch die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt. Allerdings sind die Qualifikationsanforderungen in den Ausbildungsberufen gestiegen. Das erschwert Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder solchen ohne oder mit schlechtem Schulabschluss den Start.

Positiv ist auch der neue Höchststand bei den Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen. Das ist vor allem deshalb wichtig, weil die Nachfrage nach besonders qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern insbesondere in den technisch-naturwissenschaftlichen Berufen das Angebot übersteigt. Der demographische Wandel wird diese Entwicklung noch verstärken. Das gilt auch für den pädagogischen Nachwuchs.

Bundesregierung setzt sich für mehr Aufstiegschancen durch Bildung ein

Der Bildungsbericht benennt auch die zentralen Herausforderungen an die Bildungspolitik in Deutschland. Gefordert wird:

- ein besserer Übergang von der Schule in die Ausbildung
- höhere Bildungschancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund
- ausreichender pädagogischer Nachwuchs.

In ihrer Stellungnahme zum 2. Nationalen Bildungsbericht spricht sich Bundesbildungsministerin Annette Schavan für weitere Maßnahmen aus: "Es wird insbesondere darauf ankommen, die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erweitern, Übergänge zu verbessern und Aufstiegswege weiter auszubauen".

Schon früh entscheidet sich, ob ein Kind Erfolg beim Lernen haben wird. Deshalb ist es für die Bundesregierung besonders wichtig, dass alle Kinder zum Zeitpunkt ihrer Einschulung über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen.

Außerdem hält die Bundesregierung an ihrer Forderung nach einer Halbierung der Anzahl der Schulabbrecher binnen fünf Jahren fest. Hier müssen die Schulen handeln. Die Bundesregierung will die Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern unterstützen. Dazu sollen Berufseinstiegsbegleiterinnen und Begleitern der Bundesagentur für Arbeit ab der 7. Klasse an 1.000 Schulen tätig werden.

Noch nicht ausbildungsreifen Jugendlichen muss insbesondere durch betriebliche Einstiegsqualifikationen der Weg zu einer Berufsausbildung geebnet werden. Auch hier ist der Bund aktiv geworden. In den kommenden drei Jahren wird es für so genannte Altbewerber und leistungsschwache Schulabgänger 100.000 zusätzliche Ausbildungsstellen geben. Ein Ausbildungsbonus für Arbeitgeber wird dies möglich machen.

Mit dem Programm Jobstarter Connect will die Bundesregierung zudem für diese Zielgruppe Ausbildungsbausteine erproben. In 14 Berufen sollen die jungen Menschen so attraktiver für die Betriebe werden. Damit auch sie ohne lange Warteschleifen eine zukunftsträchtige Berufsausbildung bekommen.

Ein weiteres Anliegen: Die Aufstiegsmöglichkeiten in unserem Bildungssystem müssen besser werden. Durch ein verbessertes Meister-BAföG und durch Aufstiegsstipendien leistet die Bundesregierung hierzu einen wichtigen Beitrag.

Darüber hinaus setzt sich die Bundesregierung für einen einfacheren Übergang beruflich Qualifizierter ins Studium ein. Deshalb wird sie den Hochschulpakt fortschreiben und die Studienplatzvermittlung modernisieren. So sollen die Studienchancen wirksam erhöht werden, damit bald mindestens 40 Prozent eines Jahrgangs studieren.

Die Bundesregierung erwartet von den Ländern, dass auch sie mehr für Bildung ausgeben. Es würde schon ausreichen, wenn sie längerfristig an den jährlich aufgewendeten Mitteln festhielt. Da die Schülerzahlen zurückgehen, stünde mehr Geld pro Schülerin oder Schüler zur Verfügung. Darauf wies Schavan ausdrücklich hin.

Qualifizierungsgipfel von Bund und Ländern im Herbst 2008

Die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder kommen am 22. Oktober 2008 in Dresden zu einem Bildungsgipfel zusammen. Dort wollen Bund und Länder eine gemeinsame "Qualifizierungsinitiative für Deutschland" beschließen. Im Vorfeld dieser Bund-Länderkonferenz verschafft die Bundeskanzlerin sich auf ihrer "Bildungsreise" einen eigenen Eindruck vom Stand des Bildungssystems und den Herausforderungen an die jeweiligen Bildungseinrichtungen. Damit unterstreicht sie auch die Bedeutung, die das Thema Bildung für die Bundesregierung hat.

Stationen der Bildungsreise

Nationaler Bildungsbericht

Der 2. Nationale Bildungsbericht "Bildung in Deutschland 2008" wurde von Bund und Ländern in Auftrag gegeben und durch eine unabhängige, interdisziplinäre Wissenschaftlergruppe erstellt. Der erste Bericht erschien im Jahr 2006.

Kontext

Veröffentlichung des 2. Nationalen Bildungsberichts

Aufstieg durch Bildung

Ausbildungsbonus soll mehr Stellen schaffen

Frischer Wind für etablierte Ausbildungen



Foto: aleo solar AG
Über Jobstarter zum Ausbildungsplatz

Jobstarter-Programme bringen Ausbildung in Schwung

Jana Runden ist glücklich. Die 19-Jährige gehört zu den ersten Auszubildenden der aleo solar AG – einem der führenden Solar Unternehmen Europas. Zu ihrem Ausbildungsplatz kam sie über das Jobstarter-Projekt "Fit for new energy". Die Initiative des Bildungswerks der Niedersächsischen Wirtschaft hilft Unternehmen aus dem Bereich erneuerbare Energien, die erstmals oder zusätzlich ausbilden wollen.

Darunter fällt neben der Beratung auch die Vorauswahl der passenden Bewerberinnen und Bewerber. Quasi ein "Rundum-sorglos-Paket", so Projektmitarbeiter Torben Böhle. Das Jobstarter-Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) fördert rund 200 Projekte wie dieses mit insgesamt 125 Millionen Euro.

Ausbildung leicht gemacht

Regenerative Energien, das sind Wind- und Wasserkraft, vor allem aber die Solartechnologien. Die Zukunftsbranche boomt und sucht vermehrt Fachkräfte. Gerade deshalb könnte in Zukunft der Nachwuchs knapp werden. Doch aufgrund des enormen Auftragsdrucks fehlt oft einfach die Zeit, das Thema Ausbildung anzugehen. Hinzu kommen die sehr spezifischen Anforderungen der Unternehmen an die Auszubildenden. Darüber hinaus betreten viele relativ junge Firmen mit der eigenen Ausbildung Neuland. Trotzdem ist das Interesse da.

"Fachkräfte haben eine ‚Lieferzeit‘ von mindestens drei Jahren. Aus diesem Grund müssen wir heute anfangen auszubilden, wenn wir in den nächsten Jahren handlungsfähig bleiben wollen", meint Marc Rutenberg, Personalverantwortlicher bei der Johanna Solar Technology GmbH. Das Unternehmen hat mit Unterstützung des Jobstarter-Projekts bereits acht Ausbildungsstellen besetzt. Insgesamt wurden bereits 80 zusätzliche Ausbildungsplätze in der Region geschaffen.

Jobstarter schafft über 10.000 neue Ausbildungsplätze

Das Jobstarter-Programm kann auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken. Seit 2006 wurden mehr als 10.000 zusätzliche Ausbildungsplätze in verschiedensten Regionen und Branchen geschaffen.

"Wir fördern aktuell 200 Projekte. Jede dieser Initiativen setzt eigene Akzente, indem sie beispielsweise Betriebe bestimmter Branchen, Berufsgruppen oder auch Betriebsinhaber mit Migrationshintergrund anspricht. Außerdem werden gezielt neuen Ausbildungsberufe bekannt gemacht oder die Kooperation zwischen der Wirtschaft und den Schulen intensiviert - je nach dem

Bedarf, der in den Regionen besteht", so Katharina Kanschat, Leiterin der Programmstelle beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB).

Neues Programm soll an Erfolge anknüpfen

Eine Erweiterung des Jobstarter-Programms startete jüngst in Berlin: Jobstarter Connect. Das neue Programm soll vor allem denen zu Gute kommen, die den Sprung in eine Ausbildung nicht auf Anhieb geschafft haben. Dazu wurde das Konzept der Ausbildungsbausteine vom BIBB für 14 Berufe konkret ausformuliert.

Grundgedanke des neuen Ansatzes: Jugendliche, die Probleme bei der Ausbildungssuche haben, benötigen nachweisbare Kompetenzen und Engagement, um für Unternehmen attraktiver zu werden. Optimal wäre es, wenn die in Praktika oder anderen Bildungsmaßnahmen erlernten Fähigkeiten als ein Teil der Ausbildung anerkannt werden könnten. Auch Ausbildungsabbrecher, die den Wiedereinstieg suchen, könnten so Lernergebnisse anrechnen lassen.

Inhalte nach Fähigkeiten bündeln

Das BIBB hat deshalb die Ausbildungsinhalte für 14 Ausbildungsberufe nach Kompetenzen neu gegliedert. Diese Ausbildungsbausteine orientieren sich daran, welche Fähigkeiten die Auszubildenden in einem Modul erwerben sollen. Sie sind für ganz Deutschland einheitlich. Inhaltliche Veränderungen an den Ausbildungsplänen wurden aber nicht vorgenommen. Die Prüfungsordnungen gelten daher auch für das neue System unverändert.

In einem Modellprogramm soll sich das neue Konzept jetzt in der Praxis bewähren. Mit Jobstarter Connect sollen 70 Projekte gefördert werden, die bestehende Maßnahmen in die neue Struktur einpassen. So sollen mehr junge Menschen in eine Ausbildung oder zu einer Externenprüfung geführt werden. Eine solche Prüfung vor der zuständigen Kammer ist auch ohne reguläre Ausbildung möglich. Sie ist vor allem für un- oder angelernte Arbeitnehmer interessant, die eine mehrjährige Berufserfahrung mitbringen.

Erprobung in der Praxis

Was das neue Konzept - auch was die Anerkennung durch die Kammern - leisten kann, muss die Praxis zeigen. Die regionalen Projekte sollen die Ausbildungsbausteine erproben. Entscheidend für den Erfolg ist auch, dass alle Beteiligten frühzeitig an Bord sind und bestehende Mittel genutzt werden. Denn gefördert werden mit dem 60 Millionen Euro schweren Programm vor allem die Koordination und Umgestaltung der lokalen Angebote.

In einem zweistufigen Verfahren können bis zum 17. Oktober Skizzen eingereicht werden. Die besten Ideen werden dann in einem detaillierteren Antragsverfahren geprüft. Die ersten Fördermittel sollen ab Februar 2009 fließen, sodass die ersten Maßnahmen im Herbst 2009 anlaufen könnten. Im Frühjahr 2010 könnten dann die ersten Jugendlichen Ausbildungsbausteine absolviert haben.

Jobstarter Connect ist Teil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung "Aufstieg durch Bildung". Die Jobstarter Programme werden vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) mit Sitz in

Bonn durchgeführt. Sie werden gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union.

Kontext

Jobstarter

Jobstarter-Connect

"Fit for new energy"

"Aufstieg durch Bildung"



Foto: Ulf Dieter
Frühkindliche Bildung fördern

Kinderbetreuung und -pflege

Bildung - der Schlüssel für individuelle Lebenschancen

Alle Kinder und Jugendlichen müssen von Anfang an gleiche Chancen haben, ihre vielfältigen Fähigkeiten und Talente zu entwickeln. Die Bundeskanzlerin hat daher das Thema Bildung zur Chefsache gemacht.

Heute ist es nicht mehr selbstverständlich, dass Kinder mit Geschwistern und Gleichaltrigen in der Familie aufwachsen. Krippen, Kitas oder Tageseltern und Mehrgenerationenhäuser können dies ausgleichen. Hier können die Kleinsten gemeinsam mit anderen Kinder Fähigkeiten entwickeln, die früher die Familie vermittelte.

Daher unterstützt die Bundesregierung

- den Ausbau der Kinderbetreuung,
- die betrieblich unterstützte Kinderbetreuung,
- die Qualität der Tagespflege,
- die Qualifizierung der Erzieher und Erzieherinnen und
- den Aufbau von Mehrgenerationenhäusern.

Finanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuungsangebote

Bund, Länder und Kommunen haben das gemeinsame Ziel, bis zum Jahr 2013 jedem dritten Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen. Der Bund beteiligt sich zu einem Drittel an den Kosten von insgesamt 12 Milliarden Euro.

In den Jahren 2008 – 2013 investiert er 2,15 Milliarden Euro in den Ausbau der Tageseinrichtungen und Tagespflege. Von 2009 bis 2013 werden insgesamt 1,85 Milliarden Euro und anschließend jährlich 770 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Betriebliche Kinderbetreuung

Mit dem Programm "Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung" fördert das Bundesfamilienministerium die Einrichtung von neuen, betrieblich unterstützten Kinderbetreuungsplätzen. Insgesamt stehen bis Ende 2011 für das Programm 50 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung.

"Qualifizierungsinitiative Kinderbetreuung" für Erzieherinnen, Erzieher

Bestandteil der Qualifizierungsinitiative ist die praxisbezogene Fort- und Weiterbildung von 80.000 Erzieherinnen und Erziehern, Tagesmüttern und Tagesvätern. Das Programm läuft bis 2012 und wird in enger Abstimmung mit Ländern, Kommunen und freien Trägern umgesetzt.

Das Bundesfamilienministerium flankiert damit wichtige Aktivitäten der Länder im Bereich der Frühförderung, wie die "Qualitätsoffensive für frühkindliche Bildung und Förderung".

Aktionsprogramm Kindertagespflege

Das "Aktionsprogramm Kindertagespflege" hilft dabei, Tagesmütter und -väter zu gewinnen, zu qualifizieren und zu vermitteln. In enger Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen soll die Qualität der Kindertagespflege gesichert und verbessert werden. Moderne Informationstechnologie hilft dabei.

Zudem soll die Tätigkeit von Tagesmüttern und -vätern leistungsgerecht vergütet werden. Das wertet diese wichtigen Tätigkeiten auch auf. Und es werden klare qualitative Anforderungen an Tagespflegepersonen gestellt. Der Bund unterstützt das Programm mit sechs Millionen Euro. Hinzu kommen 29 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds.

Auf den Anfang kommt es an

Um die ersten Weichen für Bildung und Chancengleichheit zu stellen, werden die Leistungen für sozial benachteiligte Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund um 180 Millionen Euro verstärkt. Auch der Übergang von Schule ins Erwerbsleben im Jahr 2009 wird damit gefördert.

Integration ausländischer Kinder

Jedes dritte Kind unter sechs Jahren hat heute einen Migrationshintergrund. Vor allem diese Kinder brauchen einen Raum, wo sie mit Gleichaltrigen die Welt entdecken können und früh Bildung erfahren. Informationen zur Sprachförderung und Sprachförderungsangebote werden durch öffentliche Stellen bekannt gemacht und angeboten. In vielen Kindertagesstätten wird auf solche Angebote hingewiesen. Die frühe Sprachförderung von Kindern, deren Eltern kein oder wenig Deutsch sprechen, ist besonders wichtig.

Für Kinder, die noch neu in Deutschland sind, bieten die Schulen "Förderunterricht", "Nachhilfeunterricht" oder "Hausaufgabenhilfe" an. Über die jeweiligen Angebote informieren die Schulen und Schulbehörden.

Kontext

Bericht zum Haushalt des BMFSFJ
Bericht zum Haushalt der Bundesregierung
Bericht zum Haushalt des BMBF



Foto: Marlene Hrubesch
Gemeinsam lernen für den Test

Zuwanderung

Einbürgerungstest leicht gemacht

Wer eine Einbürgerung anstrebt, sollte einiges über Deutschland wissen: Seit September müssen Zuwanderinnen und Zuwanderer dafür in der Regel Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung, über das Leben in Deutschland nachweisen. Prüfungsangst ist aber nicht angebracht. "Dieser Test ist mit Sicherheit nicht so anstrengend wie die Führerscheinprüfung", sagte schon Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble. Auch die Vorbereitung ist einfach. Zusammen geht dabei alles leichter: am besten im Einbürgerungskurs.

Angebote begehrt

Zur Zeit sind die Angebote der Volkshochschulen begehrt. "In unseren ersten Einbürgerungskurs wollten mehr Leute als wir aufnehmen konnten", berichtet Michael Weiss, Leiter der Volkshochschule im Berliner Bezirk Mitte. Achtzehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich nun, im ersten fünfwöchigen Kurs der Schule einen Platz sichern können. Sie kommen aus aller Herren Länder: der Türkei, Kolumbien oder Marokko, Pakistan, Nigeria, Ghana und vielen weiteren mehr.

Im Kurs gehen sie nun dreimal pro Woche die Übungsfragen auf ihren Karteikärtchen durch. Wer darf in Deutschland die Scheidung verlangen – Mann, Frau, oder ...? – "beide!" ruft eine engagierte Südamerikanerin dazwischen – Familienthemen liegen ihr besonders am Herzen. Rasch werden die restlichen Fragen im "Themenkreis Familie" durchgenommen: In Deutschland erziehen die Eltern die Kinder. Und das bis zu deren 18. Lebensjahr. "Schön für sie", merkt eine Afrikanerin an, "bei uns müssen sich viele Kinder selbst erziehen." Sie kommt aus einem unsicheren Land. Auf diese Weise – mit knappen Bemerkungen, Fragen, lässt hin und wieder jemand ein Stück der eigenen Lebensgeschichte sehen.

Für die Männer und Frauen geht es um viel: Die Einbürgerung kann ihr Leben verändern. Sie wollen in Sicherheit leben, Arbeit finden, frei reisen mit dem deutschen Pass. Doch auch wenn es ums große Ganze geht, erscheint der Abend streckenweise wie ein Quiz. Was passiert am 18. Geburtstag? Man wird volljährig. Wer hilft bei Problemen mit Steuern und Abgaben? Das Finanzgericht. Und wer bei Ärger mit dem Chef? Das Arbeitsgericht. So vergehen gut drei Stunden.

Kurs macht Spaß

Die Stimmung ist gut. Schließlich haben sich die Anwesenden freiwillig zur Teilnahme entschlossen. Verpflichtend ist der Kurs nicht – wer will, kann den Einbürgerungstest auch ohne

offizielle Vorbereitung ablegen. Dennoch kommen manche regelmäßig her, die das meiste ohnehin wissen und den Unterricht nicht wirklich brauchen.

"Ich finde den Kurs interessant", sagt beispielsweise Kursteilnehmer Adlan Aslambekov, der heute an keiner Frage gescheitert ist. Die Pflicht zum Einbürgerungstest stört ihn nicht im geringsten: "Die Fragen sind ja nicht schwierig", sagt der Wirtschaftswissenschaftler aus Grosny.

Seine Banknachbarin sieht es ähnlich: Pham Kim Dinh hat schon in ihrer Heimat Saigon viel über Deutschland gelernt; im Kurs will sie sich über Politik informieren. "Es gefällt mir, mehr über das Geschehen in Deutschland zu erfahren", sagt die Vietnamesin. Die Einbürgerung will sie vor allem aus beruflichen Gründen: Die Reisekauffrau ist oft mit dem Flugzeug unterwegs – mit dem deutschen Pass ginge es für sie am Schalter viel schneller.

Die meisten der Anwesenden sind bereit, etwas für ihre Einbürgerung zu geben. "Aus meiner Sicht gibt es zu dem Test keine Alternative", urteilte schon die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer. Wer den deutschen Pass anstrebe, solle über seine Rechte und Pflichten als Staatsbürger informiert sein. Viele hier sehen das ähnlich.

"Ich bin in Deutschland zu Hause. Hier leben meine Freunde, hier will ich bleiben", sagt die Türkin Ülker Öcal. Und: Mit der deutschen Staatsbürgerschaft, hofft Öcal, könnte ihre Jobsuche deutlich einfacher werden.

Mancher hofft auf eine völlig neue Lebensqualität: "Mein russischer Pass ist ungültig", sagt beispielsweise Aslambekov. Reisen kann er so kaum. Aslambekov, der seit acht Jahren in Deutschland lebt, hat sich darum für die Einbürgerung entschieden. Am 10. Oktober geht er zum Test. Bang ist ihm davor nicht.

Wissenstest zum Ankreuzen

Der Einbürgerungstest ist neben weiteren Bedingungen für die meisten Zuwanderinnen und Zuwanderer Voraussetzung für die Einbürgerung. Vom Test ausgenommen sind lediglich Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren sowie Menschen, die wegen Krankheit, Behinderung oder altersbedingt beeinträchtigt sind. Er erübrigt sich auch für Menschen mit einem deutschen Schulabschluss (Hauptschule oder höher).

Es handelt sich um einen reinen Wissenstest in der so genannten "Multiple-Choice"-Form. Das ist ein Fragebogen, auf dem zu jeder Frage mehrere mögliche Antworten zur Auswahl stehen. Die richtige ist anzukreuzen. Sind 17 von 33 Fragen korrekt beantwortet, gilt der Einbürgerungstest als bestanden.

Jeder Test wird aus einem Gesamtkatalog von 310 Fragen zusammengestellt. 300 Fragen sind dabei allgemeiner Art, zehn weitere Fragen betreffen das Bundesland, in dem die Einbürgerungswilligen leben.

Kontext

Der Fragenkatalog des Innenministeriums
Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung
Integrationsbeauftragte begrüßt Einbürgerungstest

Sprache öffnet Türen zum Arbeitsmarkt



Foto: photothek/Johannssen
Sprache - der Schlüssel zur Integration

Gute Kenntnisse der deutschen Sprache sind eine der wichtigsten Qualifikationen, um einen Arbeitsplatz zu bekommen. Deswegen hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ein Programm zur berufsbezogenen Sprachförderung für Menschen mit Migrationshintergrund gestartet. Finanziert wird es aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF).

"Sprache öffnet Türen: zu qualifizierten Schulabschlüssen, zu erfolgreicher Ausbildung, zum Arbeitsmarkt und zur Teilhabe an der Gesellschaft", betont Albert Schmid, der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Das BAMF ist verantwortlich für die Durchführung des Programms. Es knüpft dabei an die laufenden Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz an.

Abgestimmte Programme

Mit der Förderung aus einer Hand sei es nun möglich, Integrationskurse des Bundes und aus EU-Mitteln finanzierte Programme wie den Europäischen Sozialfonds und den Europäischen Integrationsfonds gut aufeinander abzustimmen, so Schmid.

Unzureichende Kenntnisse der deutschen Sprache sind nach wie vor eine der Hauptursachen für die hohe Arbeitslosenquote von Menschen mit Migrationshintergrund. Dadurch gehen dem Arbeitsmarkt auch wertvolle berufliche Qualifikationen und Fertigkeiten dieser potenziellen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verloren.

Praxisnahes Lernen

In den Jahren von 2007 bis 2013 stehen für das Programm 330 Millionen Euro ESF-Mittel bereit. Es richtet sich an Migranten, die eine berufsbezogene sprachliche und fachliche Weiterqualifizierung benötigen. Eine Begrenzung der Teilnehmerzahl pro Jahr ist nicht vorgesehen.

Im Sprachunterricht werden Leseverstehen und Schreiben trainiert. Auf dem Programm steht auch die Verbesserung der Fähigkeit zur angemessenen Kommunikation am Arbeitsplatz und die Vermittlung allgemeiner beruflicher Kompetenzen. Ein eigenes Modul richtet sein Augenmerk auf

die Vermittlung von Fachkenntnissen zur beruflichen Qualifizierung. Dazu gehören zum Beispiel mathematische Grundkenntnisse, Textverarbeitung mit Hilfe von EDV, Internet und E-Mail. Aber auch Bewerbungstraining und Strategien zum selbstgesteuerten Lernen werden angeboten. Die Inhalte orientieren sich praxisnah an den Bedürfnissen der jeweiligen Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Wer wird gefördert?

Das Angebot wendet sich schwerpunktmäßig an Arbeitslose mit Migrationshintergrund. Es können aber auch Menschen teilnehmen, die noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen. Sie müssen dann allerdings nachweisen können, dass die Teilnahme notwendig ist, um das derzeitige Arbeitsverhältnis zu behalten.

Die Dauer der Förderung beträgt bei einer Vollzeitmaßnahme ein halbes Jahr. Bei Teilzeitprogrammen kann die Förderung auch auf ein ganzes Jahr gestreckt werden. Vorrangiges Ziel ist, mehr Menschen mit Migrationshintergrund dauerhaft in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Mehr zum ESF-BAMF-Programm

Bewerbungsverfahren läuft seit Ende August

Seit dem 27. August läuft das Bewerbungsverfahren. Angesichts der hohen Komplexität und den unterschiedlichen Anforderungen an berufsbezogene Sprachförderung soll auf die Kompetenzen von fachkundigen örtlichen Projektträgern zurückgegriffen werden.

Auf der Internetseite des BAMF können sich interessierte Träger informieren und die entsprechenden Bewerbungsformulare herunterladen.

Die aus dem Bewerberverfahren erfolgreich hervorgegangenen Träger und Trägerkooperationen stellen in einem zweiten Schritt berufsbezogene Sprachkurse zusammen. Bei ausreichender Teilnehmerzahl kann der Träger dann einen Projektantrag für einen konkreten Sprachkurs beim BAMF stellen. Die Auswahl möglicher Teilnehmer erfolgt dabei durch die Agenturen für Arbeit und die Grundsicherungsstellen.

Kontext

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Integration in Deutschland

Mehr Betreuungskräfte für Demenzkranke

In Deutschland leiden mehr als eine Million Menschen an Demenz. Tendenz steigend. Pflegeheime haben künftig die Möglichkeit, zusätzliche Betreuungskräfte einzustellen. Die Bundesagentur für Arbeit unterstützt die Suche nach geeigneten Pflegehelfern und bietet dazu Qualifizierungsmaßnahmen an.

Durch das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz soll die Betreuung von pflegebedürftigen Menschen – insbesondere mit Demenzerkrankung – verbessert werden. Die Pflegekassen übernehmen künftig für je 25 Heimbewohner mit besonderem Betreuungsbedarf die Kosten für eine zusätzliche Pflegekraft.



Foto: picture-alliance / ZB
Menschliche Zuwendung ist wichtig

10.000 neue Stellen

Die Bundesregierung geht davon aus, dass dadurch bis zu 10.000 zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten in Pflegeeinrichtungen geschaffen werden können. Reguläre Arbeitsverhältnisse in der Pflege werden dadurch nicht ersetzt oder verdrängt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat das Projekt gelobt und gegen Kritik verteidigt. Merkel nannte es innovativ, Arbeitslose mit Erfahrungen im Pflegebereich für diese zusätzlichen Stellen zu qualifizieren.

In Deutschland gibt es schätzungsweise 1,2 Millionen Demenzkranke. Hinzu kommen jährlich 250.000 Neuerkrankungen. Bis zum Jahr 2020 wird die Zahl der erkrankten Menschen voraussichtlich auf 1,7 Millionen steigen, bis 2050 auf mehr als zwei Millionen - sofern bei Prävention und Therapie kein Durchbruch gelingt.

Den Alltag gemeinsam gestalten

Im Mittelpunkt der Arbeit der künftigen Pflegeassistenten stehen nicht die eigentlichen Pflegetätigkeiten, sondern vielmehr Hilfsaufgaben. Sie sollen die Erkrankten in ihrem Alltag begleiten, sie unterstützen und ihnen anregende Gesellschaft bieten. So sollen die zusätzlichen Betreuungskräfte etwa kreatives Arbeiten anbieten, vorlesen, musizieren oder gemeinsam mit den Demenzkranken Spaziergänge machen.

Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) hat eine Richtlinie zum Einsatz und zur Qualifizierung dieser Pflegeassistenten erarbeitet. Diese genehmigte das Bundesgesundheitsministerium Ende August und setzte sie in Kraft.

Qualifikation wird gewährleistet

"Wir wollen, dass die neuen Pflegeleistungen für die Betroffenen schnell zur Verfügung stehen", sagt Klaus-Dieter Voss, Vorstand des GKV-Spitzenverbandes. Dazu müssten die Betreuungskräfte im Umgang mit diesen besonderen Personengruppen geschult sein.

Angeboten werden diese Qualifikationskurse von den Arbeitsagenturen, privaten Weiterbildungseinrichtungen und Pflegeheimen. Vorgeschaltet ist ein fünftägiges Orientierungspraktikum, in dem die Eignung geprüft werden kann. Die erforderliche Qualifikation wird danach durch einen Basiskurs (100 Stunden), ein Betreuungspraktikum (2 Wochen) sowie einen Aufbaukurs (60 Stunden) vermittelt.

Bereits erworbene Qualifikationen, wie etwa als Pflegehelfer oder Krankenschwester, werden angerechnet. Die neuen Betreuer und Betreuerinnen müssen die erforderliche Qualifikation grundsätzlich vor Aufnahme der Arbeit erlangt haben. Lediglich für die Einführungsphase ist es möglich, nach einem einführenden Kurs von 30 Stunden die weitere notwendige Qualifikation berufsbegleitend zu erlangen. Diese Übergangsfrist endet am 31. Dezember 2009.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) wird geeignete Qualifizierungsmaßnahmen anbieten. Zurzeit gehen die Arbeitsagenturen auf Pflegeeinrichtungen zu, um Stellenangebote für zusätzliche Betreuungskräfte einzuwerben. Bislang wurden bereits 1.000 Stellen gemeldet.

Die Pflegeeinrichtungen entscheiden eigenständig, ob und wen sie für ihre Pflegeeinrichtung einstellen. Wenn die Pflegeheime zusätzliches Personal benötigen, können sie die BA einschalten. Die unterbreitet dann entsprechend dem konkreten Anforderungswunsch Vermittlungsvorschläge für geeignete Bewerber.

Neue Chancen auch für Arbeitslose

Bereits jetzt prüfen die Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften (ARGE), ob es Arbeitsuchende mit Vorkenntnissen in der Pflege oder anderen Qualifikationen für solche Betreuungstätigkeiten gibt. Damit will die Arbeitsvermittlung sicherstellen, rechtzeitig auf eine höhere Bedarfsmeldung der Pflegeeinrichtung reagieren zu können. Dabei ist es unerheblich, wie lange jemand arbeitslos ist. Es gehe nicht speziell um Langzeitarbeitslose, betont die BA.

Das Programm bietet 10.000 neue Job-Chancen. Zurzeit sind rund 35.000 Altenpfleger und Altenpflegehelfer arbeitslos gemeldet, 63.000 Menschen aus diesen Berufen sind als arbeitssuchend registriert.

Kontext

Eine Chance für alle: Neue Jobs in der Betreuung von Demenzkranken
Pflegegipfel - Gemeinsam bessere Voraussetzungen für die Krankenhauspflege schaffen
Fachkampagne "Berufsfeld: Moderne Altenpflege" gestartet

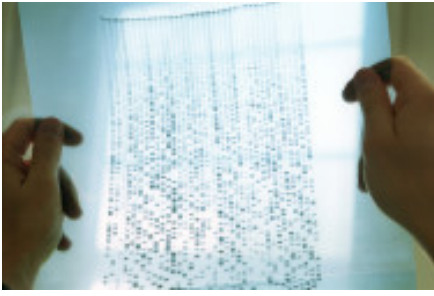


Foto: Photothek.net / Thomas Köhler
Keine Diskriminierung wegen Gentests

Gesundheit

Recht auf informationelle Selbstbestimmung bei Gentests

Das menschliche Genom gilt als entschlüsselt. Die Erkenntnisse der Humangenomforschung werden in der medizinischen Versorgung und genetischen Diagnostik immer mehr genutzt. 2004 gab es bereits 300.000 genetische Analysen. Sie bergen aber auch Gefahren eines möglichen Missbrauchs. Dem beugt das Gendiagnostikgesetz vor. Es wahrt zugleich die Chancen, die die Humangenomforschung für die Gesundheit der Menschen eröffnet.

Das Bundeskabinett hat am 27. August 2008 den Entwurf des Gendiagnostikgesetzes beschlossen. Zugrunde liegen Eckpunkte, denen das Kabinett bereits am 16. April 2008 zugestimmt hatte. Damit wird eine entsprechende Vereinbarung im Koalitionsvertrag umgesetzt.

Vor Missbrauch schützen und Chancen wahren

Das Gesetz beugt der Gefahr einer möglichen Diskriminierung vor, die mit der Untersuchung menschlicher genetischer Eigenschaften verbunden ist. Denn genetische Untersuchungen stehen wie kaum eine andere Untersuchung in einem Spannungsverhältnis: zur Menschenwürde, zur Gesundheit und zur informationellen Selbstbestimmung des Einzelnen.

Der Schutzbedarf ergibt sich daraus, dass mit Gentests die unveränderbare genetische Anlage einer Person identifiziert werden kann. Die dabei gewonnenen genetischen Informationen über den einzelnen Menschen haben Gültigkeit für einen sehr langen Zeitraum, zumeist lebenslang. Sie ermöglichen zum Beispiel Vorhersagen über Krankheiten, Überempfindlichkeiten oder Veranlagungen, zum Teil auch über (nahe) Verwandte. Das sind folglich sehr sensible Daten.

Von besonderer Brisanz sind die genetischen Informationen auch, weil der Betroffene Art und Umfang der Ergebnisse über seine genetische Anlage nicht beeinflussen kann. Zudem kann er nicht einschätzen, was mit den Daten geschieht.

Hoher Schutzstandard in Medizin, Abstammung, Arbeit und Versicherung

Vor einem solchen möglichen Missbrauch von Gendaten schützt das Gendiagnostikgesetz. Das ist besonders wichtig bei der medizinischen Versorgung, bei Untersuchungen zur Abstammung und in den Bereichen Arbeitsleben und Versicherungen (zum Beispiel Lebensversicherungen). Hier sorgt das Gesetz mit spezifischen Regelungen für den Schutz der individuellen Persönlichkeitsrechte des Einzelnen.

Zentrale Bedeutung hat dabei das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. So dürfen genetische Untersuchungen nur durchgeführt werden, wenn die Betroffenen in die Untersuchung eingewilligt haben. Und: Jeder Mensch soll das Recht haben, die eigenen genetischen Befunde zu kennen (Recht auf Wissen) oder diese nicht zu kennen (Recht auf Nichtwissen).

Auch bestimmen allein die betroffenen Personen über die Verwendung, also die Weitergabe, Aufbewahrung oder Vernichtung ihrer genetischen Daten und Proben. Niemand darf wegen seiner genetischen Eigenschaften diskriminiert oder stigmatisiert werden.

Vorgeburtliche genetische Untersuchungen und Abstammungsfeststellung

Die vorgeburtliche genetische Untersuchung soll auf medizinische Zwecke beschränkt sein. Die Durchführung solcher Untersuchungen wird nur dann zugelassen, wenn sie darauf gerichtet sind, genetische Eigenschaften festzustellen, die die Gesundheit des Fötus oder Embryos vor oder nach der Geburt beeinträchtigen können.

Genetische Untersuchungen zur Feststellung der Abstammung eines Kindes sind nur dann zulässig, wenn die Personen, von denen eine genetische Probe untersucht werden soll, in die Untersuchung eingewilligt haben.

Keine Ausgrenzung im Arbeitsrecht und beim Arbeitsschutz

Im Arbeitsrecht sind genetische Untersuchungen auf Verlangen des Arbeitgebers grundsätzlich verboten. Außerdem darf dieser die Ergebnisse einer in anderem Zusammenhang vorgenommenen genetischen Untersuchung nicht erfragen, entgegen nehmen oder verwenden.

Standarduntersuchungen, mit denen die gesundheitliche Eignung eines Beschäftigten für den Arbeitsplatz oder die Tätigkeit festgestellt werden kann, bleiben weiterhin zulässig.

Beim Arbeitsschutz sollen genetische Untersuchungen im Rahmen arbeitsmedizinischer Vorsorgeuntersuchungen nicht oder nur unter eng gefassten Voraussetzungen zugelassen werden.

Versicherer dürfen keine Gentest verlangen

Versicherungsunternehmen dürfen beim Abschluss eines Versicherungsvertrages grundsätzlich weder eine genetische Untersuchung noch Auskünfte über bereits durchgeführte Untersuchungen verlangen. Der Versicherungsnehmer muss über bestehende Erkrankungen und über Vorerkrankungen Auskunft geben, und zwar unabhängig davon, wie diese Erkrankungen diagnostiziert worden sind.

Auch wenn ein Gentest bei der Diagnose eingesetzt worden ist, muss über Erkrankungen Auskunft gegeben werden. Um Missbrauch zu vermeiden, kann vorgesehen werden, dass die Ergebnisse bereits vorgenommener prädiktiver (das heißt: vorhersagender) Untersuchungen vorgelegt werden müssen. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn eine Lebensversicherung mit einer einmaligen Summe von über 300.000 Euro abgeschlossen werden soll.

Individuelle Aufklärung und Beratung haben hohen Stellenwert

Neben individueller Aufklärung kommt der Beratung bei genetischen Untersuchungen besondere Bedeutung zu. Dafür gibt es strenge Vorschriften. Die Regelungen zur Aufklärung, zur genetischen Beratung und zum Arztvorbehalt bewirken, dass die betroffenen Personen nicht unvorbereitet in eine Untersuchungssituation geraten.

Die Betroffenen werden so in die Lage versetzt, ihr informationelles Selbstbestimmungsrecht auszuüben. Sie sollen eigenverantwortlich über die Durchführung einer genetischen Untersuchung entscheiden und mit den Untersuchungsergebnissen angemessen umgehen können. Genetische Beratung soll einem Einzelnen oder einer Familie helfen, medizinisch-genetische Fakten zu verstehen, Entscheidungsalternativen zu bedenken und individuell angemessene Verhaltensweisen zu wählen.

Um all dem Nachdruck zu verleihen, enthält das Gesetz auch Straf- und Bußgeldbestimmungen.

Kontext

Pressemitteilung - Kabinett beschließt Entwurf für ein Gendiagnostikgesetz
Fragen und Antworten zum Gesetzentwurf



Foto: Stefanie Winkelkemper
Kreativ im Alter

Kreativ im Alter

Schöpferisch und aktiv im Kreativhaus Berlin

Englisch lernen, Theater spielen oder Kostüme schneidern: Für ein kreatives Hobby ist niemand zu alt. Das Mehrgenerationenhaus Kreativhaus in Berlin Mitte bietet viele Möglichkeiten.

Mut für etwas Neues

Gottfried Keller und Pablo Picasso haben es vorgemacht. Im Alter brachte ihre Kreativität große kulturelle Schätze hervor. Diese Möglichkeit haben wir alle: Talente in der zweiten Lebenshälfte weiterzuentwickeln oder neu zu entdecken. Der Ruhestand ist die beste Zeit für Hobbys, ob singen, schauspielern oder Sprachen lernen.

Kreatives Mehrgenerationenhaus

Das Kreativhaus auf der Fischerinsel, Berlins erstes Theaterpädagogisches Zentrum, bietet viele Möglichkeiten. Zu DDR-Zeiten beherbergte das Gebäude eine Kindertagesstätte. Heute ist es bunt gestrichen und versprüht den Charme der vielen Menschen, die mitarbeiten. Die einen pflanzen Sonnenblumen, andere kümmern sich um die Tontechnik. Jeder fühlt sich verantwortlich für dieses Kleinod. 20.000 Gäste kommen jedes Jahr ins Kreativhaus. Sowohl Honorarkräfte als auch freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreuen die Angebote.

"Wer nicht mitmacht, ist selber Schuld", findet Brigitte Antony (66). Sie singt im Fischerinsel-Chor. Wenn dessen Leiter Maxim Gamov (28) bei den Proben ein Lied wie "Im schönsten Wiesengrunde" anstimmt, lässt sie den Alltag hinter sich. Gamov fordert die Sänger auf, einzelne Verse zu wiederholen. Die meisten Chormitglieder sind zwischen 60 und 88 Jahre alt. "Das Wort 'Tal' müssen Sie mit dem Herzen singen", erklärt Gamov. Der gebürtige Russe kann gut erklären und hat ein feines Gehör. Der Chor verehrt ihn, manche schenken ihm Bücher und CDs. "Der ist so fröhlich", sagt Brigitte Antony. Auch Gamov selbst lernt viel. "Durch den Chor erlebe ich eine andere Seite der deutschen Gesellschaft", erzählt er.

Das Glück, eine Rüstung zu bauen

Neue kreative Welten erschließt sich auch Regina Viertel (61). Sie ist gelernte Filmkostümbildnerin. Früher kleidete sie Schauspieler und Schauspielerinnen der MDR-Tatorte und solche aus Filmen mit bis zu 50 Rollen und 1.000 Komparsinnen und Komparsen ein. "Ich habe die Zeichnungen

gemacht, dann wurden die Arbeiten in Auftrag gegeben", erzählt sie. Im Kreativhaus fertigt sie erstmals Kostüme selbst an. "Dieses tiefe Gefühl, etwas herzustellen, ist für mich das Größte", sagt sie. Eine ganze Rüstung hat sie schon gefertigt. Derzeit schneidert sie Kostüme für das neue Stück "Montags bei Boulettenelse", das von den Dialogen bis zu den Requisiten komplett im Kreativhaus entsteht. Bald ist Premiere.

Fremdsprachen lernen

Um an den verschiedenen Kursen teilnehmen zu können, muss niemand besondere Vorkenntnisse haben. Es zählen allein Interesse und die Offenheit für etwas Neues. Das kann das Internet oder eine Fremdsprache sein. Menschen im fortgeschrittenen Alter lernen zwar langsamer, aber vernetzen verschiedene Wissensgebiete viel besser als Jugendliche. So sind die Englisch-Anfängerkurse von Dr. Burghard Kleu (65) zum festen Angebot des Kreativhauses geworden.

"Eigentlich bin ich ja schon Rentner", sagt der große, zurückhaltende Mann. Aber er unterrichte so gern und biete sich deshalb ehrenamtlich an. Kleu ist gelernter Diplom-Landwirt. Auch er entdeckte die Liebe zu Fremdsprachen erst spät. In seinen Kursen geht es lebhaft zu. Wie in der Schule werden Vokabeln vorgeflüstert, aber alle sind hoch motiviert. Entweder, um geistig aktiv zu bleiben, oder, um sich auf eine Reise vorzubereiten. In der Gruppe macht das besonders viel Spaß.

Alle diese Kurse sind preisgünstig. Zehn Doppelstunden Englisch kosten 27 Euro. Das Kreativhaus ist ein gemeinnütziger Verein. Er finanziert sich aus Fördermitteln und Spenden. Das ganze Viertel profitiert davon. Niemand muss sich alleine fühlen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen aktiv auf die Menschen zu.

Kontext

Erfahrung ist Zukunft
Das Kreativhaus
Aktionsprogramm Mehrgenerationshäuser

Aktuelles

- ▶ BAföG - Höhere Fördersätze und Freibeträge treten ab 1. Oktober in Kraft [↗](#)
 - ▶ Berufliche Aus- und Weiterbildung besser miteinander verzahnen [↗](#)
 - ▶ Aktuelle Broschüre zur Besteuerung von Alterseinkünften erschienen [↗](#)
 - ▶ Vierter Bundeswettbewerb zur kommunalen Suchtprävention gestartet [↗](#)
-

Lesetipps

- ▶ Broschüre „Alter schafft Neues“ informiert ältere Menschen [↗](#)
 - ▶ Elternratgeber zur gesunden kindlichen Entwicklung im Alter von 1 - 6 Jahren [↗](#)
 - ▶ Schulbuch zur Sozialversicherung erscheint in neuer Auflage [↗](#)
 - ▶ Chatprotokoll zum freiwilligen Engagement [↗](#)
-

Impressum

Das "**Magazin für Soziales, Familie und Bildung**" ist als digitales Werk Teil des Internetangebots der Bundesregierung. Es wird herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 11044 Berlin. Dieses Magazin erscheint monatlich im Wechsel mit anderen Themenmagazinen.

Verantwortlich: Claus Zemke

Redaktionsleitung Magazin für Soziales, Familie und Bildung: Ulrich Köhn, Dr. Jens Schmidt

Layout und Redaktion: Jennifer Biller, Angelika Domnick, Petra Kuschinski

Bildagentur: verantwortlich Ulrich Weichert

Fotoredaktion: Silke Hinkelmann, Christian Stutterheim, Raik Tybussek

Fotografen: Guido Bergmann, Steffen Kugler, Sandra Steins

Telefon: 01888 272 3249, Fax: 01888 272 4138

Abonnement

Abonnieren Sie die weiteren Themenmagazine

"Magazin zur Entwicklungspolitik",

"Magazin für Soziales, Familie und Bildung",

"Magazin zur Europapolitik",

"Magazin für Wirtschaft und Finanzen",

"Magazin für Infrastruktur und neue Länder" und

"scheckker - das jugend-magazin"

schnell, bequem und kostenlos unter der **Anmeldeseite "Abonnement der Magazine"**.

Copyright für Bilder, soweit nicht anders vermerkt:

REGIERUNGonline, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung,
11044 Berlin.

Bildnachweis für Word-Bildmarke: picture-alliance / KPA

Realisiert werden die Magazine im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung von der **jinit[Aktiengesellschaft für digitale Kommunikation**.

- Zitierung unter Angabe der Quelle "Magazin für Soziales, Familie und Bildung" frei.

Nachdruck nur mit Erlaubnis des Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

- Durch die Digitalisierung von Daten können Fehler auftreten. Beim

Einsatz unterschiedlicher Browser für das World Wide Web und aufgrund unterschiedlicher Software-Einstellungen kann es bei der Darstellung der Daten zu Abweichungen kommen.
